

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Rheingönheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, den 06.11.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Julia Caterina Appel

Peter Niedhammer

Thomas Engeroff

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

Dr. Werner Janjic

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

### FWG-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Mathias Weickert

### Schriftführer/in

Martina Majorosi

## **Entschuldigt fehlten:**

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern in Rheingönheim  
Vorlage: 20190609
- 3.1. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Beschwerden wegen Baumfällungen in Rheingönheim  
Vorlage: 20190631
4. Antrag der FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion  
Mozartschule in Rheingönheim  
Vorlage: 20190577
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Bau der PARK & RIDE Parkplätze in Rheingönheim  
Vorlage: 20190610
6. Antrag der SPD- Ortsbeiratsfraktion  
Konzept Einbahnstraßen Bereich Hilgundstraße und angrenzende Straßen  
Vorlage: 20190611
7. Antrag der FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion  
Erstellung einer Internetseite für Rheingönheim  
Vorlage: 20190578
8. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Erschließung von Neubaugebieten im Ortsteil  
Vorlage: 20190633
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Barrierefreier Zugang Gemeindehaus Rheingönheim Hauptstraße 210  
Vorlage: 20190612
10. Anfrage der FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion  
Stand der Errichtung einer Babyschaukel  
Vorlage: 20190583
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Errichtung einer öffentlichen Toilette an der Endhaltestelle der Linie 6  
Vorlage: 20190628
12. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Zustand und Termin für Ortsbegehung des Luitpoldhain

Vorlage: 20190632

13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Nutzung öffentlichen Parkraums zur Lagerung von Baustoffen und Anhängern  
Vorlage: 20190634

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen von Bürgern vor.

### **zu 2      Bericht Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat zunächst eine Korrektur zu seinem Bericht vom 11.09.2019:

Die Wasserproben auf dem Adamshof sind auch dann notwendig, wenn keine Vermietung stattfindet. Es handelt sich um eine Pflichtuntersuchung laut Schreiben des Landratsamts als Kontrollbehörde.

Als Bemerkung steht in dem Schreiben: „Aus diesem Grund sollte es auch das Ziel sein, dem Adamshof eine Zugangsmöglichkeit zur öffentlichen Trinkwasserversorgung zu verschaffen.“ Ansprechpartner hierfür sind die TWL bzw. die Stadtverwaltung.

Um dies durchzuführen wäre aber eine Revidierung des Stadtratsbeschlusses notwendig, dass die Kosten nicht der Allgemeinheit angelastet werden können.

Herr Dr. Weickert (FWG) kann dazu mitteilen, dass sowohl eine biologische als auch eine chemische Messung durchgeführt werden muss, welche sehr teuer ist. Da die Anwohner sich geweigert haben diese Messung durchführen zu lassen, haben sie ein Schreiben erhalten mit der Androhung von 2 000,00 Euro Strafe pro Person, wenn sie keine chemische Messung machen lassen.

Er ergänzt, dass es ganz in der Nähe des Adamshof-Brunnen städtische Messstationen gibt, welche auch chemische und radioaktive Messungen durchführen. Wenn man diese hinzuziehen würde, könnte man die Kosten für die Anwohner reduzieren.

Der Ortsbeirat sollte aktiv Kontakt aufnehmen mit der SGD und dem Landratsamt, da die Anfrage von Familie Daud nicht beachtet wird. Sie erhält keine Resonanz.

Der Ortsvorsteher sieht dies als Argument an und stimmt dem Vorschlag von Herrn Dr. Weickert zu, dass die Wasserproben aus dem städtischen Brunnen entnommen werden sollen, welcher sich nur 50 Meter neben dem Adamshof befindet.

Herr Ortsvorsteher Wißmann wird mit Herrn Daud sprechen und sich die Unterlagen zeigen lassen. In der nächsten Sitzung wird er dann im Bericht des Ortsvorstehers wieder darauf eingehen.

Weiterhin berichtet der Ortsvorsteher von Äußerungen einer gewissen Frau Mayer, welche ihm über die CDU-Geschäftsstelle gemailt wurden. Hier wird behauptet, dass die Einwohner kein Mitspracherecht hätten darüber, was in ihrem Ort beschlossen wird und man hätte den Eindruck die Volksvertreter verfolgen eher ihren eigenen Interessen. Diese Aussagen kann man so absolut nicht akzeptieren. Auch das Laubfroschwäldchen wird angesprochen und behauptet, dass die Gemeindevertreter – in Klammer „nicht alle“ – das Wäldchen plattgemacht haben und jetzt wird damit geworben, dass man aufforsten kann. Die Politiker würden die Bürger für dumm halten.

Zur Klarstellung: Hier im Ortsbeirat wollte niemand das Wäldchen plattmachen. Es wird sich lediglich an die Fakten gehalten, die von Gutachtern erstellt wurden und gegen die jeder Bürger anhand des Planfeststellungsverfahrens Einspruch erheben kann. Der Ortsvorsteher kann hierzu sagen, dass nicht einmal 10 Personen im Gemeindehaus waren und in die Ordner reingeschaut haben.

Zwei Wochen vorher in der Ortsbeiratssitzung (11.09.2019) wurde zudem klar gesagt, dass einer Erhöhung der Deponie zugestimmt wird, wenn das Wäldchen erhalten werden kann. Herr Ortsvorsteher Wißmann erlaubt sich in dieser Sache eine eigene Meinung, schließt sich aber demokratisch der Mehrheit an.

Es wurde von Frau Mayer weiterhin angeregt, dass mehr Blühwiesen und Straßenbegleitgrün für Insekten angelegt werden sollen.

Dies hält Herr Ortsvorsteher Wißmann für nicht machbar. Die Wiesen haben eine gewisse Wachstumshöhe, welche als Straßenbegleitgrün auf Verkehrsinseln eine Sichtbehinderung darstellen würde. Die Blumenwiesen erfordern eine spezielle Pflege und Vorgangsweise beim Mähen. Dies könnte mit Sicherheit auf der Deponie oder auf größeren Flächen gemacht werden.

Der Ortsvorsteher weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass jeder Bürger/jede Bürgerin die Möglichkeit hat, entweder ihn direkt oder die Mitglieder des Ortsbeirates auf Probleme anzusprechen.

Er gibt allerdings zu bedenken, dass der Ortsbeirat zwar zu wichtigen Vorhaben gehört werden soll, aber die Vorhaben, wie z. B. Deponieerweiterung, auch nicht verhindern kann. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens kann der Ortsbeirat in Form von Anträgen und Anfragen Einsprüche formulieren.

Weiterhin bittet er auch die Ortsbeiratsmitglieder sich an dieses Procedere zu halten.

Dasselbe gilt auch für das Neubaugebiet, welches bereits im Flächennutzungsplan im Jahr 1999 ausgewiesen wurde.

Hier treffen verschiedene Interessengruppen aufeinander, auch hier im Ortsbeirat. Herr Magin wollte heute noch grundsätzliche Erläuterungen dazu geben, ist aber krankheitsbedingt entschuldigt.

Ein weiteres Problem für Rheingönheim stellt derzeit die Flotte der Amazon-Fahrzeuge dar, welche mit bis zu 8 Fahrzeugen auf der Hauptstraße parken. Herr Ortsvorsteher Wißmann hat mit der Einsatzleitstelle des Bereichs Straßenverkehr telefoniert, so dass am nächsten Morgen kontrolliert wurde und die Fahrzeuge Strafzettel bekamen. Aber leider erhalten diese Strafzettel die Mietautofirmen und nicht direkt die Fahrer. Der Ortsvorsteher hatte einen Termin bei der Polizei und hat dieses Problem angesprochen. Hier wurde eine Kontrolle bezüglich Fahrzeugen und Personen zugesagt.

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat angefragt beim Eigentümer des Anwesens, wer Mieter des Hauses ist. Er macht den Vorschlag, dass der Eigentümer eingeladen werden könnte zu einer nicht öffentlichen Sitzung. Die Ortsbeiräte stimmen dem zu.

Herr Engeroff (SPD) erinnert an die Pfosten, welche noch zusätzlich aufgestellt werden sollten im Bereich von der Kurpfalz-Apotheke bis zur Hausnummer 149 (lediglich die Einfahrt zur Garage sollte ausgenommen werden, Hausnummer 151). Auch Herr Niedhammer (SPD) spricht sich für diese Lösung aus.

### **zu 3           Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern in Rheingönheim**

Herr Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion beantragt, dass die Grasfläche (Ausgleichsfläche) vor dem Fabrikgelände der VÖGELE GmbH mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt wird.

Bei dem genannten Gelände handelt es sich um eine Grasfläche. Dieses Gelände bietet sich geradezu an, mit Bäumen bepflanzt zu werden. Wir brauchen Bäume in unserer Stadt, dann müssen wir auch solche Flächen nutzen.

Wir gehen davon aus, dass das genannte Gelände im Besitz der Stadt Ludwigshafen ist. Wir fordern die Verwaltung auf, zeitnah die Bäume zu pflanzen. Die zur Verfügung stehende Fläche schätzen wir auf ca. 20 000 m<sup>2</sup>.

Herr Niedhammer (SPD) merkt dazu an, dass er diese Fläche im Zuge einer Rundfahrt durch den Stadtteil bemerkt hat und dass man hier einen Anfang machen könnte, um den Stadtteil grüner zu gestalten und mit Bäumen zu bereichern.

Es gibt eine Stellungnahme des Bereichs Umwelt, aus welcher Frau Appel (SPD) auszugsweise vorliest:

„Für diese Fläche (nördlich des Feldweges der parallel zur Meckenheimer Straße verläuft) kann eine Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern geprüft werden, zum Beispiel die Pflanzung einer Baumreihe entlang des Limburgerhofwegs.“

Der Ortsbeirat Rheingönheim fordert die Stadtverwaltung auf die städtische Fläche zeitnah zu begrünen und dem Ortsbeirat die Planung zur Genehmigung vorzulegen.

### **zu 3.1      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Beschwerden wegen Baumfällungen in Rheingönheim**

Herr Zell (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Die Bürger und Bürgerinnen sind erneut verwundert über die Baumfällarbeiten in Rheingönheim. Laut der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ werden in unserem Stadtteil 169 Bäume gefällt. Somit sind wir Spitzenreiter in Ludwigshafen. Eigentlich wäre hiernach zu erwarten, dass der Ortsteil höchste Priorität bei der Neubepflanzung genießt. Dennoch ist es verwunderlich, dass keine Baumpflanzungen für Rheingönheim angekündigt wurden!

Große Sorgen über eventuelle Versäumnisse von Seiten der Verwaltung bezüglich der zeitnahen Nachpflanzung breiten sich erneut aus.

Besonders fragwürdig ist die Situation in den Alleen im Neubaugebiet „Im Neubruch“. Ist angesichts der Entwicklung und des Kahlschlags deren Namensgebung noch zeitgemäß?

Deshalb stellt die CDU-Ortsbeiratsfraktion folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. Ist in absehbarer Zeit mit einer Nachpflanzung zu rechnen? Wenn ja, wann genau? Wenn nein, bitten wir um eine ausführliche Begründung.
2. Können Baumfällungen und Baumneupflanzungen nicht in einem dicht aufeinanderfolgenden zeitlichen Ablauf organisiert werden?
3. Wer garantiert den Bürgern die Nachpflanzungen?
4. Können Bürgerinnen und Bürger Patenschaften für einen Baum übernehmen und damit die Neupflanzung eines Baumes zeitnahe realisieren? Wenn ja, wie ist die Vorgehensweise?

Herr Ortsvorsteher Wißmann liest auszugsweise aus der Stellungnahme der Abteilung Grünconsulting vor:

„Es ist beabsichtigt in 2020 in Rheingönheim nachzupflanzen.

In 2020 werden im Haushalt 350.000 Euro eingestellt sein für Baumneupflanzungen.

Bäume z.B. im Neubruch sind im Bebauungsplan festgesetzt und müssen ersetzt werden.“

Hierzu ergänzt Herr Ortsvorsteher Wißmann, dass im Umweltausschuss die Fällung von ca. 60 Bäumen auf dem Rheingönheimer Friedhof angesprochen wurde. Hier ist kein Ersatz notwendig, da sich dort genug andere Bäume befinden.

Die Ortsbeiratsmitglieder bedanken sich für die ausführliche Stellungnahme und fordern einstimmig die Stadtverwaltung auf:

Die im Haushalt eingestellten 350 000,00 Euro für Neupflanzungen zu erhöhen auf mindestens 500 000,00 Euro, 1 Million wird als angemessen angesehen. Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert während einer Hitzeperiode einen Rundruf an die Bevölkerung zu starten, dass Bäume gegossen werden sollen.

#### **zu 4      Antrag der FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion Mozartschule in Rheingönheim**

Herr Dr. Weickert (FWG) wünscht eine Abstimmung im Ortsbeirat darüber, dass dem Stadtrat empfohlen werden soll, für eine zukunftsträchtige und nachhaltige Mozartschule abstimmen zu lassen.

Anstatt nur einem Klassenzimmer sollen, entgegen der ADD Genehmigung, drei Klassenzimmer zusätzlich gebaut werden.

Die Toiletten sind zu sanieren und so umzugestalten, dass Leuten außerhalb der Schule kein Zugang ermöglicht wird.

Die Turnhalle ist zu sanieren.

Die Klassenzimmer benötigen alle WLAN und eine digitale Schulausrüstung.

Die hierfür erforderlichen Geldmittel sind über Kredite zu finanzieren und in den Haushalt einzustellen, zumal beabsichtigt ist, ein weiteres Neubaugebiet zu erschließen.

Hintergrund hierfür ist, dass schon etliche Anträge bezüglich der Mozartschule im Ortsbeirat gestellt wurden. Das Ganze sollte jetzt mit mehr Nachdruck geschehen. Er empfiehlt, dass im Stadtrat ein Antrag gestellt werden soll sich gegen die ADD zu wehren und zu sagen, wir als Stadtrat wollen diese Schule angemessen ausbauen und auch öffentlich äußern gegen die ADD Beschränkungen.

Herr Dr. Schell merkt an, dass im Stadtrat zunächst von steigenden Schülerzahlen gesprochen wurde. Dann wurde wieder von sinkenden Schülerzahlen gesprochen. Jetzt heißt es wieder, dass die Schülerzahlen enorm ansteigen und es wird darauf hingewiesen, dass Ludwigshafen eine stark wachsende Stadt ist und der Handlungsdruck sehr stark. Hier sollte auch im Hinblick auf das neu geplante Neubaugebiet Druck ausgeübt werden auf die zuständige Dezernentin, damit sie sich stärker damit beschäftigt, wie die Mozartschule sinnvoll erweitert werden kann. Die Umgestaltung sollte nicht zerstückelt von statten gehen, sondern für die Zukunft geplant. Deshalb bittet er die Ortsbeiratsmitglieder um Zustimmung.

Es liegt eine gemeinsame Stellungnahme des Bereichs Schulen und des Bereichs Gebäudemangement vor:

„Auf Grundlage der Schulbaurichtlinien wurde in Abstimmung mit der ADD der derzeitige Raumbedarf für eine 4-zügige Grundschule ermittelt. Zwecks Abbildung des Fehlbedarfs durch einen Erweiterungsbau am Schulstandort der Mozartschule ist im April 2018 bereits eine Beauftragung der Planungsabteilung des Bereiches Gebäudewirtschaft erfolgt. Über das Rahmenraumprogramm hinaus errichtete Räumlichkeiten sind ohne Genehmigung der ADD bzw. des Ministeriums für Bildung nicht förderfähig.“

Die geforderte Sanierung und Umgestaltung der Toilettenräume, sowie die Sanierung der Turnhalle sind laut Angabe des Bereiches Gebäudewirtschaft nicht Bestandteil der aktuellen Maßnahme zur Deckung des von der ADD geforderten Rahmenraumprogramms. Sowohl die Toiletten, als auch die Turnhalle befinden sich in einem ihrem Alter entsprechenden und funktionstüchtigen Zustand.

Hinsichtlich der Sanitäreinrichtungen befürwortet der Bereich Schulen jedoch, dass der Zugang von Nichtschulangehörigen zu den WC-Anlagen durch Umgestaltung verwehrt wird.“

Die Ortsbeiratsmitglieder diskutieren über diese Stellungnahme und kommen einstimmig zu folgendem Änderungsantrag:

Es wird beantragt, dass ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Grundschulkonzept erstellt wird, unter Einbeziehung von folgenden Punkten:

- potentielle Mehrzwecknutzung der Schulturnhalle
- sanitäre Anlagen
- eine langfristige Nutzung über die aktuellen Messzahlen hinaus
- geplante Neubaugebiete
- offene Standortfrage

Die Ortsbeiratsmitglieder bitten um Auskunft, was mit der für eine Grundschule vorgesehenen Fläche im Neubruch geplant ist und um persönliche Vorstellung der Planung in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates Rheingönheim.

#### **zu 5      Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Bau der PARK & RIDE Parkplätze in Rheingönheim**

Herr Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Seit Jahren fordert die SPD-Ortsbeiratsfraktion den Bau von Park & Ride-Parkplätzen bei der Straßenbahndehaltestelle und am S-Bahnhof.

Die RNV will auch auf der Linie 6 kurzfristig mehr Züge einsetzen. Mehr Züge bedeuten mehr Fahrgäste. Diese Fahrgäste brauchen Parkmöglichkeiten zum Abstellen der PKW.

Möglichkeiten zum Bau von Parkplätzen haben wir der Verwaltung schon mehrmals aufgezeigt.

Das notwendige Gelände ist in städtischem Besitz, somit kann sofort mit dem Bau begonnen werden.

In diesem Zusammenhang ist es der SPD-Ortsbeiratsfraktion wichtig darauf hinzuweisen, dass das höhere Verkehrsaufkommen durch den neuen Parkplatz nicht zu Lasten des Wohngebiets „Neubruch“ geht. Es ist bei der Einrichtung der Zu- und Abfahrten zum Parkplatz darauf zu achten, dass diese nur vom Hohen Weg befahrbar sind und somit der Neubruch nicht als Abkürzung genutzt werden kann.

Bitte teilen Sie uns verbindlich den Baubeginn der Parkplätze mit. Bei der Dringlichkeit der Baumaßnahmen erwarten wir persönlichen Vortrag der Verwaltung.

Herr Niedhammer (SPD) weist darauf hin, dass an der Endhaltestelle der Parkplatz des Turnvereins und private Parkplätze für Park und Ride mitgenutzt werden. Hinter der Turnhalle der TG Frei Heil liegen 6000 m<sup>2</sup> städtische Fläche. Die SPD-Ortsbeiratsfraktion ist der Ansicht, dass man hier einen Teil für Park und Ride-Parkplätze bereitstellen könnte.

Am Bahnhof ist der Park und Ride-Parkplatz ebenfalls voll. Dahinter liegt ebenfalls eine städtische Fläche, welche unmittelbar am Bahnhof gelegen ist und ausgebaut werden könnte.

Aus der Antwort des Bereichs Tiefbau liest Herr Ortsvorsteher Wißmann vor:

„Die Park und Ride-Plätze sind als Teil des 3-Zonen-Konzeptes in den Nahverkehrsplan aufgenommen worden. Eine bauliche Umsetzung steht noch vor dem Beginn der starken Verkehrsbehinderungen durch den Bau der Stadtstraße an. Derzeit kann dieser Zeitpunkt noch nicht konkret angegeben werden.“

Mit dieser Antwort erklären sich die Ortsbeiratsmitglieder nicht zufrieden und fordern die Verwaltung auf:

Die vorhandenen Park und Ride-Parkplätze müssen frei gemacht werden, vor allem in der Wöllnerstraße. Dort stehen monatelang schon abgemeldete, nicht mehr fahrbereite Fahrzeuge. Die Flächen, welche vorhanden sind für Park und Ride am Bahnhof und an der Endstelle, müssen nutzbar gemacht werden und unverzüglich hergestellt.

Der gesamte Ortsbeirat verlangt eine zeitnahe Planung und Bau der Maßnahme ohne künftige Verzögerung unabhängig von allen anderen Gegebenheiten.

## **zu 6           Antrag der SPD- Ortsbeiratsfraktion Konzept Einbahnstraßen Bereich Hilgundstraße und angrenzende Straßen**

Herr Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion fordert erneut die Parksituation vor der Mozartschule durch die Einrichtung einer Einbahnstraße in der Hilgundstraße zu entschärfen.

Allmorgendlich und auch zur Mittagszeit kommt es zu kritischen Situationen vor der Mozartschule/Eingang Hilgundstraße durch Fahrzeuge, die vor der Schule halten, andere Fahrzeuge, die die Straße in die gegenläufige Richtung befahren und Fußgänger, die die Straße queren. Zudem ist die Straße im unteren Bereich so eng und die Gehsteige so schmal, dass Schulkinder regelmäßig die Fahrbahn benutzen müssen: kommt ein KFZ entgegen, wird es sehr eng, bei zwei sich begegnenden Fahrzeugen reicht die Fahrbahnbreite incl. Gehsteig (!) oft nicht aus.

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion ist der Meinung, dass die Einrichtung einer Einbahnstraße diese Situation deutlich verbessern würde und Unfälle vermeiden würde. Weiterhin müsste geprüft werden, ob die Einrichtung eines Einbahnstraßensystems in den angrenzenden Straßen (Königstraße, Carolistraße, „Enge Straßen“, Sandgasse) sinnvoll wäre.

In einem Ortstermin wochentags zu Schulzeiten (z.B. ca. 12.15 Uhr) lässt sich die Situation gut abschätzen. Wir fordern einen Ortstermin zu dieser Uhrzeit.

Wir bitten um eine ausführliche Planung zu diesem Vorschlag.

Der Ortsvorsteher teilt die Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr aus:

„Die Straßenverkehrsbehörde und die Stadtplanung, Abt. Verkehrsplanung, hat seit 2007 bereits mehrmals Einbahnstraßenregelungen, insbesondere für die Hilgundstraße und die Carolistraße, aufgrund von Bürgeranfragen und Anträgen aus dem Ortsbeirat geprüft. Da sich die Straßen nicht geändert haben, ist die Stellungnahme vom 25.08.2017 (beigefügt) noch aktuell.“

Die Ortsbeiratsmitglieder lehnen diese Antwort ab, da sie nicht aktuell, nicht lösungsorientiert und zudem unbefriedigend ist. Der Ortsbeirat Rheingönheim möchte den zuständigen Dezernenten dazu in die nächste Sitzung einladen.

**zu 7           Antrag der FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion  
Erstellung einer Internetseite für Rheingönheim**

Herr Dr. Weickert (FWG) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Es gab früher eine Internetseite in Rheingönheim für die Bürger. Leider gibt es derzeit keine Internetseite, welche gepflegt wird und auf welcher der Bürger sich über Smartphone informieren kann, z. B. über Öffnungszeiten, welche Ärzte in Urlaub sind, wann ist die Kerwe, wann ist Familientag im Wildpark. Man könnte auch ein Forum einrichten, wie z. B. bei der Stadtstraße. In Rheingönheim z. B. für die Ortskernsanierung, damit Bürger erste Ideen aufschreiben können und man damit auch näher an den Bürger kommt. Deswegen beantragt die FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion gemeinsam die Einrichtung einer solchen Internetseite.

Es liegt eine Stellungnahme des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit vor:

„1-17 ist zuständig für die [www.ludwigshafen.de](http://www.ludwigshafen.de). Hier sind alle Informationen rund um die Verwaltung zu finden. Abgebildet sind im Bürgerservice alle Dienstleistungen sowie aktuelle und wichtige Informationen für Ludwigshafen. Somit findet sich vieles, wie zum Beispiel Veranstaltungen, Ortsbeirats- und Ratssitzungen, oder Informationen zu Schulen und Kindertageseinrichtungen auf der [www.ludwigshafen.de](http://www.ludwigshafen.de). Informationen, die nicht die öffentliche Verwaltung betreffen, wie zum Beispiel Öffnungszeiten von Ärzten, oder dem örtlichen Handel können nicht auf der Verwaltungsseite abgebildet werden. Hierfür ist die Verwaltung nicht originär zuständig. Trotzdem bietet jetzt schon der Veranstaltungskalender auf der [www.ludwigshafen.de](http://www.ludwigshafen.de) allen Vereinen, Institutionen und Privatpersonen, die Möglichkeit Veranstaltungen in Ludwigshafen selbst einzutragen und zu bewerben.

Die Einführung eines Formates zur Bürgerbeteiligung bedarf einer Grundsatzentscheidung durch die Politik und sollte dann für alle Stadtteile gleichermaßen gelten. Hier ist die Erstellung eines Konzeptes sowie formaler Beteiligungsrichtlinien vorab notwendig. Zudem müssen hierfür entsprechende Ressourcen und Personal zur Erstellung, Einführung und Umsetzung zur Verfügung gestellt werden.“

Die Ortsbeiratsmitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus, den Wunsch nach einer Internetseite für Rheingönheim an den Stadtteilverein weiterzugeben und bei anstehenden Foren mit Bürgerbeteiligung den Bereich Öffentlichkeitsarbeit anzufragen.

**zu 8           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Erschließung von Neubaugebieten im Ortsteil**

Herr Zell (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Schutz unseres Klimas und der Natur ist den Bürgern und der CDU ein besonderes Anliegen. Im Zuge aktueller Entwicklungen, wie bspw. der Feststellung von Erwärmungen des Erdreichs in mehreren Metern Tiefe, sowie der Problematik der Erwärmung des Grundwas-

sers in Berlin und der somit einhergehenden Verstärkung der Erderwärmung, setzen wir uns vehement gegen eine blindwütige Erschließung von weiteren Neubaugebieten im Ort ein. Daher fragt die CDU Rheingönheim die Stadtverwaltung folgendes an:

1. Werden vor der Planung und Erschließung von Neubaugebieten entsprechende fachliche und wissenschaftliche Studien angefertigt, die die klimatischen und geophysikalischen Auswirkungen der Neubaugebiete untersuchen?
2. Sollten solche Studien bereits für zu erschließende und / oder erschlossene Neubaugebiete angefertigt worden sein, bitten wir um Vorlage dieser.

Die CDU setzt sich für den Schutz der Natur in und um Rheingönheim ein und fragt in diesem Zuge auch an, ob es

- a) neben Studien zu klimatischen Auswirkungen auch Studien zu Auswirkungen der Zerstörung des Lebensraumes und der damit einhergehenden Ausrottung von hier angesiedelten Tieren und Insekten gibt?
- b) von der Stadtverwaltung konkrete Konzepte gibt, wie sich der Ortsteil im Gesamten weiterentwickeln soll und im Besonderen im Inneren (Sanierungsgebiet).

Es liegt eine gemeinsame Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung und des Bereichs Stadtvermessung und Stadterneuerung aus:

#### **Bereich Stadtplanung:**

„Im Rahmen der Bauleitplanung für Neubaugebiete müssen alle relevanten Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt betrachtet und in die Abwägung eingestellt werden. Dies ist eine gesetzliche Vorgabe des Baugesetzbuchs (§ 1 Abs. 6 BauGB). Demnach sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen unter anderem die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Dazu gehören auch die Auswirkungen auf u.a. Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die biologische Vielfalt und deren Wechselwirkungen. So werden schon in Flächennutzungsplanverfahren die relevanten, absehbaren Auswirkungen der vorgesehenen Bauflächen auf die einzelnen Umweltaspekte betrachtet und diese auch in die Abwägung zu den Flächenvorschlägen eingebracht. Inwieweit gutachterliche Untersuchungen für die einzelnen Umweltaspekte erforderlich werden, wird in Abstimmung mit den Fachbehörden entschieden.

Im Umweltbericht bzw. der Begründung des Bebauungsplanes werden die wesentlichen Ergebnisse wiedergegeben und untereinander und gegen die anderen öffentlichen und privaten Belange abgewogen.

Wie bereits in der Stellungnahme für die OBR-Sitzung am 11.09.2019 dargelegt, müssen für die Bauflächen Kappes und Obere Weide zunächst die grundsätzlichen vorbereitenden Studien (Mitwirkung der Grundstückseigentümer; Konzepterstellung) abgeschlossen werden, bevor überhaupt ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden kann. Sobald wir vorzeigbare Ergebnisse haben, werden wir diese dem Ortsbeirat wie angekündigt präsentieren. Der nötige Untersuchungsumfang wird zu gegebener Zeit im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens geklärt werden. In jedem Fall werden sämtliche Gutachten dann in der Offenlage des Planverfahrens gemäß §3 BauGB der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, so dass jeder Interessierte Einsicht nehmen und sich dazu äußern kann.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplans für das Baugebiet Neubruch wurde eine klimatologische Untersuchung vom Deutschen Wetterdienst erstellt (März 1994). Für das relativ kleine ergänzende Baugebiet Im Sommerfeld war keine eigene klimatologische Untersuchung notwendig, da man sich auf die gesamtstädtische Untersuchung aus dem Jahr 1997 / 2000 stüt-

zen konnte. Neben dem Fachbeitrag Naturschutz wurde eine artenschutzrechtliche Bestandserfassung sowie eine Artenschutz-Verträglichkeitsuntersuchung vorgenommen, deren Ergebnisse in den Bebauungsplan und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen eingeflossen sind. Bei Interesse an einer Einsichtnahme vorhandener Gutachten, Bebauungsplanbegründung oder Verfahrensunterlagen zurückliegender Bauleitplanverfahren bitten wir um nochmalige Kontaktaufnahme, um zu klären, auf welche Weise das jeweilige Dokument zugänglich gemacht werden kann.

Die Entwicklungsmöglichkeiten des Stadtteils Rheingönheim nach außen ergeben sich aus dem gültigen Flächennutzungsplan `99. Die Möglichkeit von Innenentwicklungsmaßnahmen wurde bereits in den frühen 2000er Jahren geprüft. Die Potenziale beschränken sich jedoch auf einzelne Grundstücke bzw. wurden in den zurückliegenden Jahren bereits ausgeschöpft (z.B. südlich Schmiedegasse, an der Eisenbahnstraße), so dass lediglich noch einzelne Weiterentwicklungen im Bestand möglich sind. Konkrete Konzepte hierfür gibt es derzeit nicht, werden aber bei Bedarf entwickelt, sobald sich städtebaulich relevante Potenziale zu Veränderungen abzeichnen, wobei die Umsetzbarkeit immer von dem Interesse der Grundstückseigentümer\*innen abhängt.“

#### **Bereich Stadtvermessung und Stadterneuerung:**

„Für das Gassenquartier von Rheingönheim wurde von der Abteilung Stadterneuerung der schon in den vergangenen Jahren festgestellte Sanierungsbedarf bestätigt.

Derzeit werden Sanierungsgebiete in der Stadt abgeschlossen/abgerechnet und die Stadt wird sich beim Land für ein neues Stadterneuerungsgebiet in der Innenstadt bewerben.

Wenn über das neue Stadterneuerungsgebiet entschieden ist, lässt sich absehen, ob und welche personellen Kapazitäten bei der Abteilung Stadterneuerung für die Einrichtung und Betreuung eines Sanierungsgebietes in Rheingönheim zur Verfügung stehen.“

Herr Zell bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass die CDU-Ortsbeiratsfraktion mit dieser Stellungnahme nicht zufrieden ist. Es wird konkret gefordert einer Ernennung des Rheingönheimer Ortsteils zum Sanierungsgebiet zuzustimmen, weil extremer Sanierungsbedarf besteht. Der extreme Sanierungsbedarf im alten Stadtkern deckt sich u. a. mit den gesamten klimatechnischen Forderungen, die mittlerweile überall im Gespräch sind. Urbanes Wohnen kann entwickelt werden im alten Stadtkern und so verhindert werden, dass nur noch auf Neubaugebiete ausgewichen wird.

Herr Niedhammer (SPD) merkt dazu noch an, dass im Falle der Einrichtung eines Sanierungsgebietes die betroffenen Anwohner genauestens darüber informiert werden müssen, was auf sie zukommt.

#### **zu 9           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Barrierefreier Zugang Gemeindehaus Rheingönheim Hauptstraße 210**

Herr Engeroff (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion fordert, im Zuge der Renovierung des „Gemeindehauses“, einen barrierefreien Zugang zu Sitzungen des Ortsbeirates herzustellen.

In diesem Zusammenhang sollte auch die Erreichbarkeit des Ortsvorsteherbüros für Menschen mit Behinderungen sowie für Mütter mit Kinderwagen erreicht werden. Die DIN 18040-1 soll in diesem Zusammenhang möglichst berücksichtigt werden.

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, dieses Ziel zu erreichen? Wir bitten um Vorschläge. Gerne können wir die Optionen und Alternativen in einem Ortstermin besprechen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme des Bereichs Gebäudemanagement aus und liest sie vor:

„Der barrierefreie Zugang zu Sitzungen des Ortsbeirats kann nur durch Anbau eines Aufzuges gewährleistet werden. Der Aufzug kann nur außerhalb des Gebäudes angeordnet werden, weil es die Nutzung des Gebäudes im Inneren nicht möglich macht.

Zusätzlich steht das Gebäude unter Denkmalschutz, so dass die Planung auch mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt werden müsste.

Der Bau- und Grundstücksausschuss hat am 06.05.2019 nur die Dach- und Fassadensanierung der Ortsverwaltung genehmigt.

Wir werden die Möglichkeiten des barrierefreien Zugangs mit der Denkmalschutzbehörde prüfen und den Ortsbeirat über die Ergebnisse informieren.“

Herr Zell (CDU) stellt den Antrag, eine Kernsanierung und eine Umrissneugestaltung im erdgeschossigen Bereich unbedingt zu prüfen. Das Objekt wird wesentlich attraktiver, wenn es bürgernah und offen für alle Bürger gestaltet wird. Die Jugendeinrichtung nach oben zu verlagern ist absolut zumutbar. Der untere Bereich des Gemeindehauses soll auf den neuesten Stand gebracht werden, z. B. mit WLAN, Toiletten, breiten Türen und einem ebenerdigen Eingang.

Die Ortsbeiratsmitglieder bitten einstimmig die Verwaltung, das Ergebnis ihrer Überprüfungen bis Ende März 2020 bekannt zu geben und im Ortsbeirat vorzustellen. Die Prüfung soll sich auch auf die Frage erstrecken, ob eine Verlegung des OV-Büros und des Sitzungssaales in das EG realisierbar ist.

#### **zu 10      Anfrage der FWG/FDP-Ortsbeiratsfraktion Stand der Errichtung einer Babyschaukel**

Herr Dr. Weickert (FWG) hat bereits im März angefragt bei Frau Steinruck, weil in Rheingönheim und gerade auch im Neubruch - wo viele Kinder sich auf den Spielplätzen aufhalten - eine Babyschaukel fehlt. Es gab auch recht bald eine Antwort von Frau Steinruck. Sie hielt die Idee für sehr sinnvoll. Der Mangel war vorher gar nicht aufgefallen, ist aber berechtigt und soll beseitigt werden. Es gab auch eine Verbindung zur Sachbearbeiterin in der Verwaltung. Auch hier hieß es, eine Babyschaukel ist sinnvoll und es wurden Standorte im Neubruch vorgestellt. Danach wurde geprüft. Eine Spende wurde auch angeboten, wurde aber mehr oder weniger abgelehnt in Bezug auf die Pflege und Wartung. Meldung sollte erfolgen, wenn es einen Ort für die Babyschaukel gibt.

Herr Wißmann teilt die Antwort der Abteilung Grünconsulting aus:

Herr Dr. Schell (FDP) liest daraus vor, dass in dem Grünzug zwischen zwischen Emy-Roeder-Anlage und Käthe-Kollwitz-Allee ein Standort festgelegt wurde und die Schaukel in der kommenden Saison aufgestellt werden soll.

**zu 11      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Errichtung einer öffentlichen Toilette an der Endhaltestelle der Linie 6**

Herr Zell (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Das Bedürfnis nach einer öffentlichen Toilette an der Endhaltestelle der Linie 6 ist groß und wird immer wieder als Wunsch aus der Bevölkerung an uns herangetragen.

Daher bitten wir die Stadtverwaltung zu prüfen, ob das Einrichten einer öffentlichen Toilette an dieser Stelle möglich ist und wenn ja, wann mit der Errichtung einer solchen zu rechnen ist.

Wenn nein, bitten wir um eine ausreichende Begründung.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme des Dezernats 2 aus und liest vor:

„Auf Grundlage eines Vertrags zwischen der Stadt und der Firma WallDecaux ist festgelegt, dass die Firma 13 Toilettenanlagen im Stadtgebiet errichtet. Dieses vertraglich festgelegte Kontingent wurde erfüllt. Weitere Toilettenanlagen stehen somit während der Vertragslaufzeit nicht zur Verfügung. Der bestehende Vertrag mit WallDecaux läuft noch bis Ende 2022. Bei seiner Neuverhandlung (ab 1.1.2023) kann dann über zusätzliche Kontingente für Toilettenanlagen verhandelt werden. Wie viele das sein werden, kann derzeit noch nicht festgestellt werden. Ebenso, ob und inwieweit an der Endhaltestelle der Linie 6 in Oppau (Anmerkung: anscheinend ist Rheingönheim gemeint) eine Toilettenanlage errichtet werden kann. Dies bedarf zum Zeitpunkt der Verhandlungsergebnisse, nämlich wenn klar ist, welche Anzahl tatsächlich zur Verfügung steht, einer "Bedarfsprüfung". Da bereits auch andere Ortsteile zusätzliche Anlagen wünschen, muss hier sinnvoll, transparent und fair vorgegangen werden.“

Wir haben eruiert, was eine frei finanzierte Toilettenanlage circa kosten würde. Allein die Bodenplatte, die Anschlusskosten und die Aufstellung für eine solche Toilettenanlage, liegen bei rd. 30.000 Euro, sofern ein Kanal in der Nähe ist. Die jährlichen Mietkosten betragen rd. 20.000 Euro.“

Die Ortsbeiratsmitglieder fordern die Verwaltung auf im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung des zukünftig erweiterten ÖPNV-Angebots noch einmal zu prüfen, ob eine öffentliche Toilette an der Endhaltestelle Rheingönheim aufgestellt werden kann.

**zu 12      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Zustand und Termin für Ortsbegehung des Luitpoldhain**

Herr Zell (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Der Luitpoldhain in Rheingönheim ist ein zentraler Ort der Begegnung für Bürgerinnen und Bürger. Besondere Veranstaltungen wie unsere Kerwe, Kultur im Hain, etc. sorgen regelmäßig für hohe Besucherzahlen.

Vor diesem Hintergrund ist es uns ein besonderes Anliegen, dass der allgemeine Zustand der Parkanlage, insbesondere der Wege, auf einem zufriedenstellenden Niveau ist. Während der erst vergangenen Kerwe bemängelten Besucher unter anderem den schlechten Zustand der Wege nach Regen, sowie die nicht oder in zu geringer Zahl vorhandenen Müllsammelbehälter.

Des Weiteren konnte man häufig beobachten, dass spielende Kinder aus dem Luitpoldhain herauslaufen in Richtung der oder auf die Gabriele-Münter-Straße um diese zu überqueren. Dies ist besonders gefährlich, da hier in hoher Regelmäßigkeit Fahrzeuge die Geschwindigkeitsbarriere umfahren, indem sie den Gehweg mitbenutzen. Wir weisen erneut auf das Gefahrenpotenzial hin und bitten um Abhilfe (bspw. durch einbetonierte Pfosten), bevor es zu einem tragischen Unfall kommt.

Deshalb bitten wir um einen zeitnahen Termin zur Ortsbegehung um zu besprechen, welche Verbesserungen machbar sind.

Der Ortsvorsteher teilt die Antwort der Abteilung Grünconsulting aus und liest sie vor:

„In 2019 wurde bereits begonnen die Wege nach Westen zu erneuern. Einen weiteren Sanierungsabschnitt soll es in 2020 geben.

Einen Ortstermin können wir gerne vereinbaren. Bitte wenden sie sich hierfür an Frau Bindert 504-3264.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt dazu ergänzend mit, dass es sich hier um keinen Kerweplatz handelt, sondern eine Grünfläche mit Sondernutzung. Die Wege, welche sich hier befinden sind eigentlich nicht dafür gemacht mit schweren Fahrzeugen befahren zu werden. Die ist kein Zustand. Ein Ortstermin ist kurzfristig gewünscht.

Wegen den bereits vor einem Jahr zugesagten Pfosten zur Sicherung der Fußgänger wird Herr Ortsvorsteher Wißmann noch einmal nachfragen beim Bereich Straßenverkehr.

**zu 13      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Nutzung öffentlichen Parkraums zur Lagerung von Baustoffen und Anhängern**

Herr Zell (CDU) stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Die CDU Ortsbeiratsfraktion fragt die Stadtverwaltung an und bittet um Auskunft hinsichtlich der Nutzung öffentlichen Parkraums zur Lagerung von Baumaterialien im Paula-Becker-Modersohn-Weg.

- 1) Wurde die Stadtverwaltung Ludwigshafen hierzu um Genehmigung ersucht?
- 2) Wurde dies von einer Behörde genehmigt?

Es liegt eine Antwort des Bereichs Straßenverkehr vor, welche Herr Ortsvorsteher Wißmann austeilte.

„In Beantwortung der 2 Fragen zur Ablagerung von Baustoffen teilen wir mit, dass weder eine Genehmigung beantragt wurde noch eine Genehmigung erteilt ist. Wir werden die verantwortliche Person auf die Rechtslage aufmerksam machen und Maßnahmen einleiten.

Die Örtlichkeit Paula-Becker-Modersohn-Weg wurde von der städtischen Verkehrsüberwachung kontrolliert. Der Anhänger besitzt eine gültige Zulassung, sodass dieser bis zu 14 Tage unbewegt im öffentlichen Verkehrsraum abgestellt werden darf. Jedoch wurde dieser vorgemerkt und nach Ablauf der Frist nachkontrolliert. Sollte der Anhänger noch unbewegt vorgefunden werden, wird eine kostenpflichtige Verwarnung ausgestellt. Allerdings ist es rechtlich nicht möglich, aufgrund einer Überschreitung der 14-Tage-Regelung einen Anhänger abzuschleppen.“

Die Ortsbeiratsmitglieder sind mit dieser Antwort nicht zufrieden und wünschen eine Begehung vor Ort.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
21:10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.12.2019

---

Martina Majorosi  
Schriftführer

---

Wilhelm Wißmann  
Vorsitzende/r